

Festung Europa

Seit Jahrzehnten ist die Europäische Flüchtlingspolitik darauf ausgelegt, suchtsuchende Flüchtlinge so weit es geht von Europa fernzuhalten, sie zu vertreiben und abzuschieben. Mit Hilfe von Gesetzesänderungen, zwischenstaatlichen Abkommen, Ausbau von Bürokratien, verschärfter Grenzüberwachung etc. entsteht aus unserem vermeintlich so offenen, demokratischen und toleranten Europa eine **Festung Europa**, zu der Schutzsuchende keinen Zutritt mehr haben.

Flucht ist kein Verbrechen

Flüchtlinge nehmen nicht ohne Grund den lebensgefährlichen, strapaziösen, unsicheren und teuren Weg nach Europa auf sich. Sie haben vielfältige Gründe: Politische Verfolgung, Folter, Krieg, Bürgerkrieg, Vergewaltigung, Genitalverstümmelung, drohende Todesstrafe, Zerstörung der Existenzgrundlagen, Verletzung der Menschenrechte, Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Religion und Hautfarbe.

Die bittere Bilanz der europäischen Abschottungspolitik:

In den letzten 20 Jahren kamen entlang der europäischen Außengrenzen nach Schätzungen an die 15.000 Menschen ums Leben. Sie ertranken, verhungerten und verdursteten, wurden ermordet, begingen Selbstmord, erstickten, starben an Unterkühlung.

Im Jahr 2010 wurden in Deutschland nur 1,3% aller Asylbewerber als Asylberechtigte nach dem Grundgesetz anerkannt. Weitere 14,7% erhielten einen Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention. Die Chance, in Deutschland als Flüchtling anerkannt zu werden, verringert sich gegenüber den Vorjahren stetig.

Erbärmliche Lebensbedingungen in einem reichen Land

Nach einem Aufenthalt in einem Erstaufnahme-Lager werden Asylsuchende einem Landkreis zugeteilt und dort in Sammelunterkünften untergebracht, die meist für eine Nutzung als Wohnhäuser nicht mehr in Frage kommen. Jedem Asylsuchenden stehen 6 qm Wohnfläche zuzüglich Gemeinschaftsräumen zur Verfügung. Obwohl in vielen Heimen ganze Flure leer stehen, werden bis zu 6 Menschen in einem Raum untergebracht.

Asylsuchende unterliegen der „**Residenzpflicht**“, d.h. in der Regel ist ihnen der Aufenthalt nur in dem Kreis gestattet, in dem die für ihn zuständige Ausländerbehörde liegt. (2010 wurde die Residenzpflicht für Brandenburg gelockert)

Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge erhalten in den ersten drei Jahren ihres Aufenthalts in Deutschland mindestens 30% weniger Sozialhilfe als deutsche Sozialhilfeempfänger. Sie haben keinerlei Ansprüche auf Kinder- und Erziehungsgeld und erst nach 4 Jahren Aufenthalt einen eingeschränkten Zugang zur Krankenversicherung. Bis auf einen Betrag von 40 Euro monatlich wird die verminderte Sozialhilfe in Form von Sachleistungen wie Gutscheinen, Chipkarten und Hygiene- oder Lebensmittelpaketen ausgegeben. Erniedrigende Lebensumstände in einem so wohlhabenden Land wie Deutschland!

Dublin 2, ein Abkommen mit verheerenden Folgen für die Flüchtlinge

Seit 2003 regelt das Dublin-2-Abkommen, dass derjenige Staat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist, über den die Einreise in die EU erfolgte. Da Deutschland an keiner Stelle eine EU-Außengrenze hat, profitiert es sehr stark von dieser Regelung. Wird hier ein Flüchtling aufgegriffen, der über ein anderes EU-Land eingereist ist, kann die deutsche Behörde ihn in das Land seiner EU-Einreise abschieben. So ersuchte Deutschland im Jahr 2010 in 9432 Fällen ein anderes Dublin 2-Mitgliedsland um Übernahme von Asylsuchenden, während es nur in 2885 Fällen selber von anderen Mitgliedsstaaten um Übernahme ersucht wurde.

Aus einem Erfahrungsbericht von Pro Asyl:

>> Schutzsuchende, denen es gelingt, die Außengrenze Europas zu überwinden, werden in Ländern wie Griechenland, Ungarn oder Malta regelmäßig eingesperrt – häufig für Monate. Ganz gleich, ob Männer, Frauen, Familien oder Kinder – wer frei kommt, landet über kurz oder lang auf der Straße. Wer frei flieht weiter in andere Staaten Europas. Doch auch dort ist keine Hilfe zu erwarten. Die Menschen werden aufgegriffen und inhaftiert. Auf ein faires Asylverfahren warten die Betroffenen vergeblich. Dann schiebt man sie gemäß der europäischen Dublin-2-Zuständigkeitsverordnung wieder in das Land ihrer Einreise in die EU ab. Nach schweren Strapazen und einer Kette von Abschiebungen finden sich viele Flüchtlinge in einer völlig hoffnungslosen Situation wieder, in der ihnen keinerlei Rechte auf Schutz gewährt werden. <<

Was ist uns wichtiger – der Schutz unserer Grenzen oder der Schutz von Menschen?

Mit der Gründung der Grenzschutzagentur „**Frontex**“ im Jahr 2005 hat sich die EU einmal mehr gegen den Schutz der Menschen und der Menschenrechte entschieden. 55.000 Flüchtlinge und Migranten werden jedes Jahr durch Operationen, die von Frontex koordiniert werden, an der Einreise nach Europa gehindert. Außer der Koordination von Grenzeinsätzen sammelt Frontex große Datenmengen über Grenzübertritte nach Europa, erstellt Risikoanalysen zu illegaler Migration in die EU, organisiert und finanziert mehr und mehr Charterflüge für Sammelabschiebungen aus verschiedenen EU-Ländern, und organisiert Rückführungsaktionen innerhalb der Grenzen Europas. Zur Abwehr von plötzlich auftauchenden, unerwartet vielen Migranten an einer Grenze (Beispiel Grenze Türkei/Griechenland) stellt Frontex „Rapid Border Intervention Teams“ (RABITs) bereit. 100 Schiffe, rund 45 Hubschrauber und Flugzeuge sowie jede Menge Personal kann Frontex jederzeit zur temporären Nutzung bei den EU-Ländern abrufen.



FLUCHTWEGE freihalten – Asyl ist Menschenrecht!

Es kann nicht schnell genug gehen: Flughafenverfahren

Scharfe Kritik an dem sogenannten Asylschnellverfahren oder Flughafenverfahren übt eine UN-Arbeitsgruppe unter Leitung des senegalesischen Richters El Hadji Malick Sow. Es handelt sich um ein beschleunigtes Asylverfahren, das vor der eigentlichen Einreise nach Deutschland durchgeführt wird, noch im Transitbereich des Flughafens. Die Entscheidung über einen Asylantrag, die normalerweise Monate in Anspruch nimmt, wird innerhalb von zwei Tagen durch das zuständige Bundesamt gefällt. Der Antragsteller hat danach eine Frist von wenigen Tagen, um Rechtsmittel gegen einen abgelehnten Antrag einzulegen – und das alles vom Transitbereich des Flughafens aus. Gnadenlos wird darauf spekuliert, dass Flüchtlinge in einer derart kurzen Zeit gar nicht die Möglichkeit haben, Kontakt zu Anwälten oder anderen UnterstützerInnen aufzunehmen.

Flughafenknast im Großflughafen Schönefeld

Um die Abschiebung direkt am Flughafen noch reibungsloser und unsichtbarer durchführen zu können, ist am Großflughafen Schönefeld eine Hafteinrichtung für Asylsuchende geplant. Dort sollen die Flüchtlinge auf den Ausgang ihres Asylschnellverfahrens warten. Die Einreise ins demokratische, freie Deutschland soll mit Freiheitsentzug beginnen.

WIR FORDERN

- Europas Außengrenzen müssen für Menschen in Not wieder geöffnet werden
- Keine Inhaftierung von Flüchtlingen europaweit
- großzügige Umsetzung der Bleiberechtsregelungen
- Keine Abschiebung in EU-Länder, in denen elende Aufnahmebedingungen herrschen
- Sofortige Abschaffung des Flughafenverfahrens
- Kein Flughafenknast in Schönefeld

ReiterInnen für den Frieden:

Die Initiative entstand in Stukenbrock in Westfalen. Dort findet jährlich am Antikriegstag an der internationalen Kriegsgräberstätte die Gedenkveranstaltung „Blumen für Stukenbrock“ statt. 1981 nahmen auch Menschen mit ihren Pferden daran teil. Eine Idee wurde geboren: Seit 1984 organisieren Freizeit-ReiterInnen jedes Jahr einen meist einwöchigen Wanderritt zu politischen Themen durch verschiedene Gebiete der Bundesrepublik.

Friedensritt, das heißt mit Pferd oder Stahlross unterwegs sein, mit Flugblättern, Transparenten, Musik und Straßentheater (Pferde sind gute Schauspieler!). Gute Argumente und gute Laune sind auf unserer Seite. Wir unterstützen örtliche Initiativen bei ihrer Arbeit gegen Militäreinrichtungen oder Atomanlagen, auf Marktplätzen und in Fußgängerzonen.

Wir trennen nicht zwischen „politischem“ und „privatem“ Leben. Über die Freude an den Pferden kommen wir mit Kindern und Erwachsenen ins Gespräch. So möchten wir zum Denken anregen, und uns und anderen Mut machen, mehr Verantwortung für unser Zusammenleben auf dieser Erde zu übernehmen.

FriedensreiterInnen kommen aus allen sozialen Schichten, über weltanschauliche und parteipolitische Grenzen hinweg.

Wir sind SchülerInnen und Arbeitslose, Hausfrauen und -männer, HandwerkerInnen und Angestellte, ArbeiterInnen und AkademikerInnen, ... vom Kind bis zum Rentner sind alle Altersgruppen dabei.

„... jahrtausendlang eroberten Soldaten hoch zu (Schlacht-) Ross fremde Länder und unterdrückten andere Völker.

*Wir satteln unsere Pferde für Frieden, Abrüstung,
Umwelt und Menschenrechte.“*

KONTAKT & Informationen zu uns:

c/o: Schulamith Weil; Lüchower Str. 27, 29482 Küsten,

Tel.: 05841 - 97 48 80

während des Ritts: 0160 - 97 75 12 35

KONTO:

Sch. Weil

Kto-Nr.: 44282804

SPK Uelzen-Lüchow-Dannenberg

BLZ: 25850110

bitte angeben: FriRi-Spende

www.friedensritt.net



**FLUCHTWEGE freihalten –
Asyl ist Menschenrecht!**

Fr 20.7. - So 29.7.2012

Wietze > Bad Bevensen > Lüneburg

**Sa 23.07.2011 [10.30-13 Uhr]: Wietze
Beginn neben dem Rathaus
Abschluss am Schlachthof**

**So 24.07.2011 [16 Uhr]: Bergen-Belsen
Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers**

**Do 28.07.2011 [10-13 Uhr]: Bad Bevensen
Kirchplatz**

**Sa 30.07.2011 [10-13] Uhr: Lüneburg
vor dem Clamart-Platz**